

## **Anlage 6C: ex-ante-Anträge Bedarfsverkehr**

An den  
Kreis.....

**Vorläufiger ex-ante-Ausgleich (Bedarfsverkehr)**

**Antrag auf Ausgleich von Tarifnachteilen aufgrund der Anwendung des VRR-Tarifs aus der allgemeinen Vorschrift des Kreises vom ..... gemäß Art. 3 Abs. 2 VO (EG) Nr. 1370/2007 (vorläufiger ex-ante-Ausgleich)**

Antragsteller (vollständige Firmenbezeichnung) Name: _____ Straße: _____ Ort: _____ Umsatzsteuer-Identifikationsnummer: _____ Bankverbindung: IBAN: _____ BIC: _____
Die Antragsfrist endet am _____.
Der vollständige Antrag nebst Anlagen ist in Papierform und in elektronischer Form an den Kreis Kleve zu senden.
Für das Ausgleichsjahr _____ wird ein vorläufiger Ausgleich als Abschlagzahlung beantragt. Für das erste Quartal wird ein Abschlag durch den Kreis festgesetzt.
Weitere Einzelheiten zu den geplanten Maßnahmen und die Darlegung der Aufwandsschätzung ergeben sich aus den beigefügten Unterlagen.  Dem Unternehmen ist bekannt, dass bei investiven Maßnahmen alle Fördermöglichkeiten in Anspruch zu nehmen und offenzulegen sind, sowie der Zeitpunkt der Umsetzung dem Kreis mitzuteilen ist.  Dem Unternehmen ist bekannt, dass bei konsumtiven Maßnahmen die Mehraufwendungen nur für die Dauer von maximal zwei Jahren erstattungsfähig sind.

Das Unternehmen ist im Besitz der Genehmigungen nach § 44 PBefG für die Linien, für die die Ausgleichsleistungen beantragt werden.

Dem Unternehmen ist bekannt, dass die Zahlung als nicht steuerbarer Zuschuss unter Berücksichtigung der Verfügung der Oberfinanzdirektion Hannover vom 12.03.1997 zur umsatzsteuerlichen Behandlung von Zuschüssen im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs erfolgt.

Es wird bestätigt, dass die Angaben korrekt ermittelt wurden. Die ermittelten Ansprüche sind eine Vorabkalkulation, die Abrechnung erfolgt nach den Vorgaben der allgemeinen Vorschrift.

Das Unternehmen hat den Hinweis zu § 264 StGB zur Kenntnis genommen.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum, Unterschrift

\_\_\_\_\_  
Stempel

Anlagen

Abrechnungsblatt / Abrechnungsformular

Hinweis auf Subventionserheblichkeit und Strafbarkeit nach § 264 StGB

An  
Kreis.....

**Verbindlicher ex-ante-Ausgleich (Bedarfsverkehr)**

**Antrag auf Ausgleich von Tarifnachteilen aufgrund der Anwendung des VRR-Tarifs aus der allgemeinen Vorschrift des Kreises vom ..... gemäß Art. 3 Abs. 2 VO (EG) Nr. 1370/2007 für den Linienverkehr (verbindlicher ex-ante-Ausgleich)**

Antragsteller (vollständige Firmenbezeichnung)	
Name:	_____
Straße:	_____
Ort:	_____
Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:	_____
Bankverbindung:	
IBAN:	_____
BIC:	_____
Die Antragsfrist endet am _____.	
Der vollständige Antrag nebst Anlagen ist in Papierform und in elektronischer Form an den Kreis Kleve zu senden.	
Für das _____ Quartal des Ausgleichsjahres _____ werden folgende Angaben gemacht:	
Anzahl der Fahraufträge	_____
Anzahl der tatsächlich erbrachten Fahrten	_____
Erbrachte Ist-Reiseweite (in Luftkilometer)	_____
Verhältnis zwischen beförderten Personen und Reiseweite (Besetztgrad)	_____
Erzielte Erlöse in EUR	_____

Das Unternehmen ist im Besitz der Genehmigungen nach § 44 PBefG für die Linien, für die die Ausgleichsleistungen beantragt werden.

Dem Unternehmen ist bekannt, dass die Zahlung als nicht steuerbarer Zuschuss unter Berücksichtigung der Verfügung der Oberfinanzdirektion Hannover vom 12.03.1997 zur umsatzsteuerlichen Behandlung von Zuschüssen im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs erfolgt.

Es wird bestätigt, dass die Angaben korrekt ermittelt wurden. Die Abrechnung erfolgt nach den Vorgaben der allgemeinen Vorschrift.

Das Unternehmen hat den Hinweis zu § 264 StGB zur Kenntnis genommen.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum, Unterschrift

\_\_\_\_\_  
Stempel

Anlagen

Abrechnungsblatt / Abrechnungsformular

Hinweis auf Subventionserheblichkeit und Strafbarkeit nach § 264 StGB